



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/121 - 28. Mai 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831-33

Fernschreiber 0886890

Ein frommer Wunsch der CDU	S. 1
Die Achse Parkow-Prag	S. 2
Prof. Pascual Jordan und die Atombombe	S. 3
Der "Politische Arbeitskreis Oberschulen" und die Wehrpropaganda	S. 4
Magerer Wahlspeck für die Bausen	S. 7
Ernst Thape-65 Jahre	S. 9

Atomfrage aus dem Wahlkampf heraushalten?

sp- Die CDU möchte die Frage der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr aus dem Wahlkampf herausgehalten wissen. Von ihrem Gesichtsfeld aus kann man dies wohl verstehen. Hier wird eine ihrer würdesten Stellen getroffen. Die Partei eines Adenauer weiss, dass sie bei ihrer Rüstungspolitik nicht das Ohr des Volkes findet. Der Selbsterhaltungstrieb unseres Volkes, an dem auch ein Hitler zerbrach, ist in Gegensatz zu einer Politik geraten, deren letzte Konsequenz die totale Zerstörung ist. Über drei Viertel unseres Volkes lehnen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr und die Lagerung von Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik ab. Das Ergebnis dieser Meinungserforschung versetzte die CDU in Schrecken; ihre nervös gewordenen Wahlstrategen versuchen nur, darüber durch Verniedlichungs- und Verschleiерungsversuche hinwegzukommen.

Die sonst von ihnen so geschmähte und nun unworbene Opposition wird der CDU dabei keine Hilfe leisten. Sie erfüllt in der rücksichtslosen Schilderung der mit der CDU-Politik verbundenen Gefahren für die Existenz unseres Volkes eine nationale Pflicht. Überlegungen der Wahltaktik spielen wahrhaft keine Rolle dabei. Es ist die innerste Überzeugung der Sozialdemokratie, dass, wie immer sich auch die übrige Welt verhalten möge, dem deutschen Volk es nicht zukommt, sich nach dem Besitz von Atomwaffen zu drängen. Im Grunde genommen hängt unsere Sicherheit doch von der Kraft moralischer Faktoren und der Einsicht der Weltmächte

den Weg zueinander in einer eng gewordenen Welt noch zu finden. Die Ablehnung der Vernichtungswaffen entspricht einem sittlichen Gebot und der politischen Klugheit, ausserdem erleichtert sie das Zusammenleben mit unseren Nachbarvölkern.

Und darüber soll im Wahlkampf nicht gesprochen und gerungen werden? Eine Entscheidung von solch schicksalsschwerer Bedeutung ist für das deutsche Volk selten in seiner Geschichte herangekommen, hier hat es Gelegenheit, sein Geschick selbst zu bestimmen. Die Opposition würde ihre Aufgabe als Wächter und Gewissen der Nation verfehlen, würde sie sich dem frommen Wunsch der CDU erschliessen.

Sie weiss sich dabei in Übereinstimmung mit allen guten Geistern in der Welt. Die Furcht vor den Folgen des atomaren Wettrüstens und der Versuche mit Kernwaffen ist kein Produkt einer Propaganda, sie entspringt der Einsicht in tödliche, die Menschheit bedrohende Gefahren, vor denen wir stehen. In tief bewegten Worten hat ihr zuletzt die ehrwürdigste Gestalt des Katholizismus, Papst Pius XII, Ausdruck gegeben, als er seine unüberhörbare Stimme für die bedingungslose Einstimmung aller atomaren Versuchsexplosionen erhob. Es ist für die Verwirrung unserer Zeit kennzeichnend, dass das Organ des Vatikans, der "Osservatore Romano", in diesem Zusammenhang den Papst gegen Vorwürfe verteidigen musste, mit seinen Protesten diene er der kommunistischen Propaganda. Nicht Überraschen kann freilich, dass die CDU-Presse diese Verteidigung des Papstes durch den "Osservatore Romano" der deutschen Öffentlichkeit vorenthielt. Der Aufstand des menschlichen Gewissens gegen den Wahnsinn einer möglichen Selbstvernichtung der Völker passt nicht in ihr geistig-politisches Weltbild, dem in dieser Frage moralische Faktoren gänzlich zu fehlen scheinen. Es macht ihr dabei nichts aus, selbst über die Autorität des Papstes hinwegzugehen...

* * *

Sender Oslo:

Furcht vor atomarer Einkreisung

"-Es ist nicht ausgeschlossen, dass tatsächlich eine echte Furcht vor der Atomeinkreisung der Beweggrund für die Briefe Bulganins bildeten. Hinzu kommt, dass die SU eine weitgehende Reorganisation in ihrem Wirtschaftsleben vornehmen will und dazu die Entspannung braucht. - Die Ausgaben für die Rüstung stellen auch für die SU eine Belastung dar zu einer Zeit, da man Geld und Material zur Unterstützung der Oststaaten und Chinas und für den Konkurrenzkampf mit dem Westen in den unterentwickelten Ländern braucht. Glücklicherweise sieht es auch so aus, als ob man grösseren Wert auf die Hebung des Lebensstandards für das sowjetische Volk legen will. Daher scheint es, als ob gewisse Möglichkeiten für positive Resultate bei den Londoner Abrüstungsverhandlungen vorhanden sind."

* * *

Polen als hemmender Faktor

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Das 9. ZK Plenum der polnischen KP brachte mit der inneren Säuberung des Parteiapparates von stalinistischen Elementen eine Stärkung der Position Gomulka's. Genau so aber unterstreichen die aussenpolitischen Vorgänge im sowjetischen Satellitenbereich, dass die Kräfte des polnischen Nationalkommunismus auch im politischen Alltag Polens stark und lebendig sind.

Knapp zehn Tage nach der gemeinsamen Deklaration der drei Parlamentsdelegationen von Prag, Warschau und Pankow in Ostberlin über eine bessere, gemeinsame Zusammenarbeit wird anlässlich des Besuchs einer CSR-Regierungs-Delegation in Pankow klar, wie wenig es Moskau gelungen ist, die Satelliten auf eine gemeinsame Linie zu bringen. Die ideologische Kluft zwischen Warschau einerseits und Pankow und Prag andererseits ist nicht überwunden. Im Gegenteil, sie wirkt nach wie vor so stark in die politischen Beziehungen, dass sich daraus Wirkungen ergeben, die gegen die Interessen Moskaus gerichtet sind.

Das jetzt in Pankow und Prag unterzeichnete Abkommen über eine stärkere wirtschaftliche Arbeitsteilung ist nur ein Teil der sowjetischen Anstrengungen, durch die man nach den Erschütterungen des vergangenen Herbstes politisch und wirtschaftlich das westliche Vorfeld neu zu ordnen versucht. In den vergangenen Monaten machten die Besuche und Gegenseuche der Kremlnachhaber und ihrer Satelliten die Bemühungen deutlich, die Beziehungen Moskaus zu den Ostblockstaaten auf eine für die davon betroffenen Völker plausible Grundlage zu stellen. Als zweiter Akt folgt jetzt die Ordnung der Beziehungen der Satelliten untereinander. Vor wenigen Wochen schloss Prag ein gleichlautendes Abkommen mit Warschau und in kürzester Frist dürfte ein Abkommen Warschau mit Pankow erfolgen.

Aber auch diese Teilnahme Warschaws kann nicht darüber hinwegtäuschen dass Polen bei den Bemühungen Moskaus ein bremsender und hemmender Faktor ist. Was Moskau versucht, ist offensichtlich die Schaffung eines wirtschaftlichen Grossraumes von 60 Millionen Menschen, in dem es den Freiheitswillen der Völker an die Kette der wirtschaftlichen Verflechtungen legen möchte. Gerade hieran aber entzündet sich der polnische Widerstand.

Die Äusserungen Ulbrichts, als Toast während des Syroki-Empfanges in Ostberlin ausgebracht, zwischen der Staatspartei der Zone und der

tschechischen KP gäbe es keine Diskussion über "einen Weg zum Sozialismus" und man sei sich einig, dass der SU die Führungsrolle gebühre, die doch als Seitenhieb auf die polnische Haltung in dieser Frage bestimmt waren, rufen ins Bewusstsein, mit welcher Hartnäckigkeit sich Polen - schon der notwendigen westlichen Dollarhilfe wegen - in den vergangenen Wochen und Monaten gegen eine echte von Moskau betriebene Integration gewehrt hat. Übrig blieb ein System zweiseitiger Abkommen, das Polen immerhin die Möglichkeit gibt, sich von der erdrückenden Nähe der beiden westlichen Nachbarn fernzuhalten. Die sowjetische Neuordnung basiert eindeutig auf einer Achse Pankow-Prag, wobei der Selbsterhaltungstrieb der dortigen Satellitenfunktion vor den notwendigen Resonanzboden für die sowjetischen Weisungen schafft.

Auch wenn Polen für die fernere Zukunft als wirtschaftlicher Faktor sowieso ausfällt, sein politisches Unabhängigkeitsverlangen erweist sich trotz der Fesseln an den Moskauer aussenpolitischen Kurs als bedeutsames Moment, das sogar die Frage der Spaltung Deutschlands berührt. Man fragt sich dabei, wo die bundesrepublikanische Außenpolitik bleibt, die Vorgänge von dieser Bedeutung verstreichen lässt, als ginge sie das nichts an.

* * *

Ein erstaunlicher Wandel

Als erster deutscher Atomphysiker hat Professor Jordan sich ("Welt am Sonntag" vom 19. Mai 1957) gegen einen "Hippokrates-Eid" der Physiker ausgesprochen, d.h. dagegen, dass die Atomphysiker sich verpflichten sollen, ihr Wissen und ihre Erkenntnisse nicht zur Vernichtung, sondern nur zum Wohle der Menschheit anzuwenden.

Pascual Jordan gehörte zu den wenigen untrübsamen Ausnahmen der deutschen Vertreter der theoretischen Physik, die sich entschieden zum III. Reich und seinen Theorien, insbesondere zu Rosenberg bekannten. Die meisten (Planck, Heisenberg, Hahn u.a.) distanzieren sich eindeutig vom Ungeist jener Jahre.

Pascual Jordan aber schrieb 1935 ein Buch "Physikalisches Denken in der neuen Zeit", das eindeutig nazistisch war. Vom Standpunkt des modernen Kritizismus aus (der nicht nazistisch ist) stellte er die Frage, aus welchem Grunde der Physiker arbeite, wenn er doch die Wirklichkeit objektiv nicht zu erkennen vermöge. Er antwortet:

"Zweierlei, was in Grunde übrigens kaum zu trennen ist: erstens

die lockende Schönheit der Dinge, denen der Forscher nachgeht; zweitens als Antrieb etwas, wofür man keine treffendere Formel geben kann als die vom Willen zur Macht. (Bei P. Jordan gesperrt!). Hierin aber liegt, wie mir scheint, eine tiefe Verwandtschaft der seelischen Haltung des heutigen (1935!!) Gelehrten mit dem Geist und dem Wollen unserer Zeit. Denn auch die Entscheidungen dieser Zeit nehmen ja, innerhalb und ausserhalb Europas, deutlicher und deutlicher die Richtung des entschlossenen Willens zur Macht." (S. 40)

Das könnte auch Rosenberg geschrieben haben. Ästhetische Lust und Willen zur Macht als letzte, entscheidende Triebkräfte!

Dass man die technische Entwicklung auch für friedliche Zwecke nutzen könne, davon finden wir 1935 bei Professor Jordan keine Spur eines Gedankens. Deutlich enthüllt sich Pascual Jordan als nazistischer Kündler der Atombombe, wenn er schreibt:

"Der Krieg ist das vornehmlichste Mittel zur Schaffung objektiver historischer Tatbestände - d.h. solcher Tatbestände; deren Tatsächlichkeit auch von widerstrebenden Nationen anerkannt werden muss. Und der Krieg bildet die objektive Probe für das Verhältnis der beiderseitigen Kräfte und Waffen." (S. 59)

Bisher ist, soweit wir wissen, Herr Professor Jordan nicht von seinem Buch aus den Jahre 1935 abgerückt. Er hat nicht erklärt, dass und warum er dieses Buch bedauert. Solange das nicht geschieht, hat er nicht das Recht, für seine Stimme Beachtung zu verlangen.

(Aus der "Berliner Stimme")

* * *

Unter falscher Flagge

W.P. Einer Reihe von Firmen ging dieser Tage ein Schreiben des "Politischen Arbeitskreises Oberschulen" zu, mit dem diese aufgefordert wurden, dem "Arbeitskreis" einen Inseratenauftrag für eine geplante Broschüre zu erteilen. 25 000 Exemplare dieser Broschüre, die den Titel "Wissen und Verantwortung" tragen soll, sind zur Verbreitung in den höheren Klassen der Oberschulen und Gymnasien bestimmt. Sie sollen Schüler und Lehrer mit der Zielsetzung und Arbeitsweise des "Politischen

Arbeitskreises Oberschulen" vertraut machen.

Nun werden die angesprochenen Firmen selbstverständlich erst einmal fragen, wer denn dieser "Politische Arbeitskreis Oberschulen" eigentlich ist, wer ihn gegründet, wer die Organisation geschaffen hat und wer für ihre Kosten aufkommt. Um solchen Fragen vorzubeugen, wird daher in dem erwähnten Werbetrief vorsorglich gesagt: "Nähere Auskunft über den "Politischen Arbeitskreis Oberschulen" erlangen Sie bei der "Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände" oder beim "Deutschen Industrieinstitut" in Köln."

Das Deutsche Industrieinstitut erteilt also Auskunft. Wenn es in einem Werbeschreiben als Referenz angegeben wird, darf wohl angenommen werden, dass es sich nicht um eine abträgliche, sondern um eine positive Auskunft handelt. Um aber der Möglichkeit vorzubeugen, dass den Auskunftssuchenden nur eine halbe Antwort über den politischen Hintergrund des "Politischen Arbeitskreises Oberschulen" zuteil wird, geben wir hiermit einige sachliche Feststellungen zur Kenntnis:

Der "Politische Arbeitskreis Oberschulen" besteht seit dem Frühjahr 1955. Er wurde gegründet mit dem Ziel der Hebung der Wehrfreudigkeit der Jugend, weil diese mit überwältigender Mehrheit der Aufrüstungspolitik Adenauers ablehnend gegenübersteht. Das zeigten damals und heute die Repräsentativstatistiken über die Wahlen und die Ergebnisse der Meinungsbefragungsinstitute. Mit der Gründung des "Arbeitskreises" sollte dieser Tendenz mit propagandistischen und publizistischen Mitteln entgegenwirkt werden.

Das erste "Politische Seminar" fand im März 1955 in Bonn statt. Bezeichnenderweise beschränkte man sich aber nicht auf den Vortrag und die Erörterung von Wehrfragen, sondern unterrichtete die eingeladenen hundert Abiturienten durch den Sozialreferenten der CDU über die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung. Man deutete damals bereits an, dass man sich auch über die Tätigkeit der studentischen Verbände und Vereinigungen genauer informieren und Probleme aus dem studentischen Bereich ebenfalls behandeln wolle.

Um aber auf die Frage nach den Gründern dieser Organisation und nach ihren Geldgebern zurückzukommen: Dem "Arbeitskreis" steht ein Kuratorium vor, das sich aus dem Leiter der "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise", Jahn, und den CDU-Bundestagsabgeordneten Sabass und Mejonika zu-

sammensetzt. Seine Bundesgeschäftsstelle befand sich ursprünglich in den Räumen der CDU-Bundesführung in Bonn, ist aber - wohl aus Gründen der Tarnung - inzwischen in andere Räume umgezogen.

Eine enge Verbindung besteht seit der Gründung dieser getarnten Organisation nachweislich mit der "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise", dem "Ring christlich-demokratischer Studenten" und der "Jungen Union". Bei den neuerlichen Bemühungen um die Gründung von Ortsverbänden und Schulkomitees bemühen sich Mitglieder dieser Organisationen um Hilfeleistung für den "Politischen Arbeitskreis", ohne jedoch ihre politische Herkunft dem Aussenstehenden zu erkennen zu geben.

Im Übrigen berichteten die der CDU nahestehenden Zeitungen davon, dass die Veranstaltungen des "Arbeitskreises" von Bundesministerien gefördert werden. Es besteht wohl auch kein Anlass, an der Richtigkeit dieser Meldungen zu zweifeln. Anlass besteht vielmehr zum schärfsten Protest gegen die parteipolitischen Tarnmanöver, die hier sichtbar werden. Denn lediglich durch die Täuschung und Irreführung von Lehrern und Schülern über den wahren politischen Hintergrund des "Politischen Arbeitskreises" wird dessen Existenz erst ermöglicht. Der CDU-Informationsdienst schrieb am 25. April 1957: "Parteipolitische Organisationen können nämlich zu ihrer Förderung keine öffentlichen Mittel in Anspruch nehmen; dazu sind die Gelder der Steuerzahler selbstverständlich nicht da. Überparteiliche Organisationen dagegen... können aus öffentlichen Mitteln gefördert werden."

Es dürfte kaum anzunehmen sein, dass man auf Anfrage beim Deutschen Industrieinstitut die hier erwähnten Feststellungen bestätigen wird. Nicht nur die angesprochenen Firmen, sondern vor allem auch die Lehrer und Schüler an den deutschen Oberschulen sollten sich daher bemühen, hinter die Kulissen dieser getarnten parteipolitischen Propagandafirma zu sehen. Sie werden dann finden, dass die Manager des "Politischen Arbeitskreises Oberschulen" unter falscher Flagge segeln, wenn sie sich auf eine angebliche "Überparteilichkeit" berufen.

* * *

Bäuerliche Alterssicherung im Eilverfahren

E.F. - Um die Agrarpolitik der Bundesregierung steht es nicht gut. Das wird ^{die} gestern angekündigte agrarpolitische Aussprache im Bundestag mehr als verdeutlichen. Sie steht sogar in direktem Gegensatz zu der fast 100 %igen CDU-Mehrheit der Bauernpräsidenten. Draussen auf dem Lande herrscht Unruhe und einige regionale Bauernführer begehren offen gegen die Agrarpolitik der Adenauer-Regierung auf. So hat der Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes, Antonius Freiherr von Oer, im landwirtschaftlichen Wochenblatt für Westfalen und Lippe einen vierseitigen Artikel veröffentlicht, der mit den Worten schliesst: "Wenn wir in voller Erkenntnis der schweren Verantwortung, die auf uns, zu ehrenamtlicher Tätigkeit Gewählten, ruht, zum Landvolk sprechen, oder von diesem gefragt werden, auf welche Regierung, auf welche Partei, auf welche Menschen es noch seine Hoffnung setzen darf, so erheischt dies von uns eine Antwort. Diese Antwort muss eine andere Antwort sein als sie 1953 gegeben wurde. Nicht zweimal kann man uns mit den gleichen Versprechungen kommen".

Dergestalt blutet die Agrarpolitik der CDU-Regierung aus vielen Wunden. Diese Wunden sollen nun mit einem Heftpflaster überklebt werden, von dessen Wirkung sich die CDU/CSU ^{bei} genügender wahlagitatorischer Verbreitung Wunder verspricht. Das Wundermittel heisst bäuerliche Alterssicherung. Sie soll alles das wieder gut machen, was an anderen, wichtigeren Stellen versäumt worden ist. Der Gesetzentwurf der CDU/CSU über die Alterssicherung für Landwirte wurde erst am 19. Januar 1957 im Bundestag eingebracht und am Freitag dieser Woche sollen schon die Beratungen zu Ende gehen. So schnell würde vorher wohl kaum ein Gesetz von der CDU/CSU-Mehrheit durch die Ausschüsse gepeitscht.

Von der Notwendigkeit einer bäuerlichen Alterssicherung, insbesondere für die kleinen Besitzer, sind alle Parteien überzeugt. Über den Umfang gehen die Meinungen jedoch gründlich auseinander. Wie kärglich ihr Antrag aussieht, gibt die CDU auch schon selbst zu, wenn sie neuerdings von einer "Altershilfe" anstatt von einer Alterssicherung spricht. Nach dem Willen der Regierungspartei sollen nur die landwirtschaftlichen Unternehmer und deren Witwen altersversichert werden und die grosse Masse der mithelfenden Familienangehörigen, die eine Sicherung viel nötiger

hätten, draussen bleiben.

Die Leistungshöhe soll auf 60 DM für den Bauern und 40 (!) DM für die Witwa bemessen werden. Bei solchen Beträgen kann von "Leistungen" keine Rede sein, sondern man ist eher geneigt, von Almosen zu sprechen, mit denen die CDU die Bauern abspesen will. Auch der von der SPD beantragten freiwilligen Höher- und Weiterversicherung glauben die Vertreter der Regierungspartei nicht zustimmen zu können. Ihre Haltung in dieser Frage bedeutet einen Affront gegen die landwirtschaftlichen Pächter, denen vor allem an einer ausreichenden Alterssicherung gelegen ist. Selbstverständlich fiel erst recht der sozialdemokratische Antrag auf einen 40%igen Staatszuschuss unter den Tisch. Genau wie bei der Rentenversicherung der Arbeitnehmer alle Selbständigen, so werden hier alle Unselbständigen ausgeklammert.

Die Beiträge sollen, unabhängig von der Grösse und Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe, einheitlich erhoben werden. Damit verlässt die CDU in der bäuerlichen Alterssicherung das Solidaritätsprinzip.

Mit den von den Christlichen Demokraten eingebrachten Bestimmungen werden die Bauern wieder einmal unter minderes Recht gestellt. Dieses Alterssicherungsgesetz ist mindestens genau so schlecht wie das Kindergeldgesetz, das einen Schwanz von fünf Änderungssätzen hinter sich her zog. Grosse Kreise der bäuerlichen Bevölkerung werden überhaupt ausgeschlossen und die von reinen Paragraphen Betroffenen seien gewarnt, sich mit diesem mageren Wählerpeck zufrieden zu geben.

* * *

Ein reiches Leben

sp- Wenn Ernst Tsaep am 29. Mai in Hannover-Langenhagen seinen 65. Geburtstag feiert, werden neben seinen Freunden in der Bundesrepublik an diesem Tage auch viele der alten Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt seiner besonders gedenken, denn der Arbeitersohn aus Magdeburg-Buckau hat einen wesentlichen Abschnitt sozialdemokratischer Geschichte in Mitteldeutschland in der Zeit zwischen den Weltkriegen mitgestaltet. Die Wanderschaft, die den jungen Handwerksburschen durch Deutschland,

Belgien und Frankreich nach Zürich führte, öffnete ihm sehr früh den Blick für die wesentlichen Probleme des Industriezeitalters und die der Sozialdemokratie daraus erwachsenden Aufgaben. Die Begegnung mit namhaften Sozialisten aus den europäischen Ländern, die erregten Diskussionen im Zürich der Tage vor 1914, formten entscheidend sein Weltbild und gaben ihm später auch in schwerster Zeit die Kraft, die Ereignisse nicht isoliert, sondern in den grossen Zusammenhängen zu erkennen und zu deuten. Bis 1933 stand Ernst Thape als politischer Redakteur der Magdeburger "Volksstimme" mit in vorderster Front im Kampf um die Erhaltung der Freiheit: nach dem Sturz der Weimarer Demokratie war er vielen Parteifreunden eine unerschütterliche politische Stütze. Auch sechs Jahre Kzhaft im Konzentrationslager Buchenwald konnten seinen Glauben an den Sieg der besseren deutschen Kräfte nicht brechen. Er war Leiter der sozialdemokratischen Häftlingsgruppe und Leiter des Deutschen Buchenwaldkomitees, ferner Mitunterzeichner des Buchenwaldmanifestes, dieser ersten Dokumentation deutscher Demokraten nach den dunkelsten Jahren unserer Geschichte.

Nach der Kapitulation arbeitete Ernst Thape zunächst als Wirtschafts- dann als Kultusminister in Sachsen-Anhalt, um an verantwortlicher Stelle mitzuhelfen, für die schwerkgeprüfte Bevölkerung neue Existenzgrundlagen zu schaffen. Sein Versuch, ein Minimum an demokratischen Freiheiten über die Übergangsperiode der sowjetischen Besatzungszeit bis zur Vereinigung der Zonen in ein unabhängiges Deutschland hindüorzurichten, war durch den Bruch der Siegerallianz zum Scheitern verurteilt. Als Ulbricht 1948 in der Zone mit der "Partei neuen Typus" den Terror offen proklamierte und sich Ernst Thape weigerte, die wachsende Unterdrückung durch Schweigen zu legalisieren, musste er nach Westdeutschland fliehen. In der niedersächsischen Landesregierung war er anschliessend als Pressereferent wieder im journalistischen Metier tätig. Die Sozialdemokraten Mitteldeutschlands aber sehen in ihm weiterhin einen ihrer Sprecher und den unermüdbaren Streiter für die deutsche Wiedervereinigung, die der Freiheit und dem demokratischen Sozialismus auch in Magdeburg und Sachsen-Anhalt wieder eine dauernde Heimstätte geben soll.

Alle seine Freunde wünschen Ernst Thape zu seinem Geburtstag, dass er noch recht lange für die Sozialdemokratische Partei tätig sein kann und dass sein grösster Wunsch, die Wiedervereinigung in Freiheit, zum Segen Deutschlands bald in Erfüllung geht.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel